

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Mittagszeitung im Kreise St. Goarshausen.

Ercheim nagen

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Exzerpte aus Gelehrten-
Belle oder deren Raum 40 Pf.
Kleinanzeigen 1.— M.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Semb.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 18.

Redaktionslokal 10 Uhr vormittags.

Telefon Nr. 20.



Stadt Braubach.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von
A. Semb in Braubach.

Postfach Nr. 7689 Frankfurt/Main.

Bankkonto: Rheinische Landesbank.

Bezugspreis

monatlich 3.— Mark,

durch die Post bezogen Viertel-
jährlich 9.— M.

von Braubach bei des Post
gekauft 9,45 M.

Nr 274

Braubach a. Rhein, Dienstag, den 21. Dezember 1920.

30. Jahrgang.

Zeitung für eilige Leser.

Zürcherin richtete an Rumänien eine Note mit dem Er-
suchen, Ort und Datum einer Konferenz vorzuschlagen, die
sich mit der Wiederherstellung des Friedens zwischen Ruß-
land und Rumänien beschäftigen soll.

Der Reichspräsident bestimmte durch Verordnung auf
Grund des Reichsmagisches des 20. Dezember als Wahltag
für die Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-
Holstein.

Der von der türkischen Regierung an Kemal Ataturk ent-
sandte Unterhändler Nagei Pascha ist als Kriegsmittler bei
Kemal Pascha geblieben.

König Konstantin erklärte während seines kurzen Aufen-
thaltes in Venedig einem Journalisten gegenüber, er denke
nicht daran abzuhängen.

Der Völkerrund hat beschlossen, ein internationales Heer von
10 000 Mann nach Mexiko zu senden.

Um Oberschlesiens Schicksal.

Neuer den Zeitpunkt der Volksabstimmung in Oberschlesien
werden noch immer einander widersprechende Gerüchte ver-
breitet. Während die einen wissen wollen, daß die Abstim-
mung mindestens bis in den Monat März hinein verschoben
werden würde, glauben andere, daß schon im Januar ab-
gestimmt werden wird. Man wird auf deutscher Seite auf
hin, mit der letzten Möglichkeit nach wie vor zu rechnen. Aber
dieses steht die Entente nach der ablehnenden deutschen Ent-
scheidung auf ihrem Vorschlag einer getrennten Abstimmung der
in Deutschland wohnenden Oberschlesier im besetzten Rhein-
land vor einer schwierigen Lage. Zu deutlich sprechen Sinn
und Wortlaut des Friedensvertrages für den deutschen Stand-
punkt. In der ober-schlesischen Bevölkerung
findet der Gedanke einer getrennten Ab-
stimmung in jeder Form eine mäßige Ab-
kehrung. Man protestiert sogar gegen jede Verhandlung
über diese Frage mit der Entente und mit Polen. Dr.
Simons verfolgt wohl damit, daß er eine Verhandlungs-
möglichkeit über die Frage einer getrennten Abstimmung offen
hält, weiter auskundschaftende diplomatische Ziele. Er wollte ver-
hindern, daß innerhalb der Entente der scharfe Stand-
punkt Frankreichs, der die Auslieferung der deutschen
Oberschlesier noch weiter treiben möchte, sich schließlich durch-
setzen könnte. Im Sinne der Deutschen Oberschlesien hätte
Simons freilich mit einer strikten Ablehnung der Entente-
schritte gehandelt. Die deutsche ober-schlesische Presse fordert
mit erhöhter Entschiedenheit die Gesamtstimmung aller
Oberschlesier ohne Unterschied des Wohnortes, weil nur auf
diese Weise eine wirklich unparteiische christliche Abstimmung
herbeigeführt werden kann.

Was wird nun die Entente tun? Sie kann in
ihrer neuen Note weitere Vorstöße machen und auf den
unvollständigen Plan einer getrennten Abstimmung der in
Oberschlesien und der außerhalb wohnenden Abstimmung
beruhen, an zwei auseinander fallenden Abstimmungen
laßen zurückkommen. Sie kann die deutsche Annahme einer
mündlichen Verhandlung über die Vermeidung der ansehnlich
drohenden Gefahren aufzudecken und sich so einen geordneten
Ausgang aus ihrer unheilvollen geordneten Lage ermöglichen.
Sie kann aber auch weiterhandeln erklären, daß sie ihre Vor-
schläge zurückzieht, nachdem sowohl Polen wie Deutschland sie
abgelehnt haben. Dann würde die Abstimmung ohne weiteres
im Januar stattfinden können. Nichts ist in man auch in
Frankreich inzwischen zu der Erkenntnis gekommen, daß die
Anschlüsse Polens desto unvollständiger werden, je länger der
Abstimmungstermin hinausgeschoben wird. Immer offen-
barer muß es ja den Oberschlesiern werden, daß Polen
politisch und wirtschaftlich mit tiefen Schichten
einer Katastrophe entgegensteht. Selbst
der französische Ministerpräsident Poincaré mußte not-
gedrungen ein Weniges zu dieser Erkenntnis beitragen, als
er sich gezwungen sah, den unvollständigen geordneten polnischen
Imperialismus öffentlich zu rügen, der das Land in so kurzer
Zeit an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Sogar in
polnischen Kreisen beginnt man schon zu erkennen, daß
Polen ohne Deutschland wirtschaftlich über-
haupt nicht zu existieren vermag. Der Warschauer
Korrespondent der „Times“ beschwerte sich vor einigen Tagen
darüber, daß Polen den Handel mit Deutschland vollständig
eingeschränkt habe, und gab dabei offen zu, daß dies für Polen
zu einem verheerenden Resultat geführt habe. Wenn aber
schon Polen ohne den Handel mit Deutschland nicht zu leben
vermag, um wieviel mehr gilt das für das wirtschaftlich viel
höher entwickelte und auf das allernächste mit Deutschland
verbundene Oberschlesien. Man sollte sich in Paris und in
London nicht darüber im Zweifel befinden, daß jeder Versuch,
durch irgendwelche gewaltsame Eingriffe das Abstimmungs-
glied zugunsten Polens zu korrigieren, nichts anderes bedeuten
würde, als der Abstimmung jede Bedeutung zu nehmen und
jenseits dem Pariser Friedensvertrag, an den sich Frank-
reich so ängstlich anklammert, den Todesstoß zu versetzen.

Je mehr die ober-schlesische Abstimmung durch solche Ver-
suche, die schlechten Ansichten Polens noch künstlich zu ver-
bessern, hinausgeschoben wird, desto klarer werden
sich die Oberschlesier in ihrer großen Mehr-
heit darüber werden, daß eine Trennung
Oberschlesiens vom deutschen Wirtschafts-
körper das Land völlig ruinieren und dem
traurigen Schicksal der andern heute zu
Polen gehörigen Länder und Provinzen
entgegenstehen würde.

Lloyd George über die Dardanellenfrage.

Bei der Debatte über den Kriegsnachtragat erhoben
mehrere Redner Einspruch gegen die Höhe desselben. Lloyd
George erklärte auf verschiedene Fragen Aquittas bezüg-
lich der Konstantinopeler Frage, solange nicht
genau zu sehen sei, wie die Lage sich dort gestalten werde, sei
es unerwünscht, darüber irgendwelche Erklärungen abzugeben,
die auf einer etwaigen Konferenz die Hände der britischen
Vertreter binden würden. Das Haus mußte daher entscheiden,
daß die Bewachung der Dardanellen unter
der Oberaufsicht von Frankreich, England
und Italien bleibe. Italien habe bis jetzt nichts
dazu beigetragen. Dies, sagte Lloyd George, vergrößert
unsere Schwierigkeiten und Verantwortung erheblich. Grie-
chenland aber habe damit nichts zu tun. Eine Frage der
Politik, die nicht damit zusammenhängt, ist es, ob Konstan-
tin in Griechenland bleibt oder Benizelos dorthin zurück-
kehrt.

3% — 15% — 40 — 15%

So sieht eine Pleite aus.

Ganz genau so! Wer sich noch immer hat einreden
lassen, daß die Zustände der russischen Sowjetrepublik —
besser: Kaledonien! — auch nur die geringsten Fortschritte
zur Besserung zeigten, daß somit vielleicht in einer Anzahl
Jahren unerhörten Elends doch möglicherweise mit einer
Umwandlung der Dinge unter der kommunistischen Wirtschafts-
form zu rechnen sei, den müssen die Bittern schwer entfallen,
die sich gerade jetzt in reichem Maße aus den Unter-
lagen des russischen Wirtschaftslebens zusammenfinden. Man lese,
was die offiziellen bolschewistischen Blätter und die
offiziellen bolschewistischen Stellen zu sagen haben:

1. Aus der bolschewistischen „Ekonom.“ „Schiff“:
Schiffbau seit 5 Jahren eingestellt.
Nur noch 55 % der ehemals verfügbaren Dampfschiffe im
Betrieb.
Waffenproduktion auf 40 % zusammengeschmolzen.
2. Wirtschaftsbericht des 5. bolschewistischen
Gewerkschaftskongresses:
80 % aller Lokomotiven unbrauchbar.
Textilproduktion nur noch 31 % gegen den Frieden.
Hauterzeugung nur noch 27 %.
3. Sei dazu noch als Gewährsmann ein Führer der
gemäßigten Sozialisten Abramowitsch genannt, der dieses
Lage in Berlin in einer Versammlung der unabhängigen
Sozialdemokraten folgende Zahlen mitteilte:
Gesamtproduktion nur noch 10 % gegen den Frieden.
Kohlenförderung im Donezgebiet auf 15 % zusam-
gefallen. Es arbeiten noch nur 2 % (zwei Prozent!)
der Fabriken gegen den Frieden.
4. Ein abschließendes Gesamturteil der bolschewistischen
Zeitung „Trud“ über die dreijährige Arbeit der Volks-
weisen an der Umstellung der Wirtschaft auf kommunistische
Basis:

„Sie gelang nicht, die Arbeitsleistung ging zurück, die
Industrie wurde zerstört.“
Die deutschen Arbeiter werden sich danach für die komm-
unistischen Sozialisierungsversuche beilebens bedanken. Der
Widerspruch der deutschen Delegierten auf dem inter-
nationalen sozialistischen Gewerkschaftskongress in London
ist sicher der großen Masse der deutschen Arbeiter aus der
Seele gesprochen.

Aus dem Wohnungsausschuß.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages hat sich in seiner
Sitzung nach längeren Vorberatungen im Unter-
schuß dahin geeinigt, die Regierung um Ausarbeitung eines Ge-
setzesworfes zu ersuchen. Die jährlich erforderlichen Mittel
für die neue Bautätigkeit werden auf dem Wege des An-
leiheverfahrens aufgebracht. Zur Vergütung und Tilgung
der Anleihe wird eine Wohnungszugabe in Höhe von 5 bis
10 Prozent auf die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten
Gebäude gelegt. Die aus allgemeinen Mitteln erbauten
Wohnungen und Stellungen bleiben Eigentum der bauenden
Gemeinde oder Genossenschaft, bei letzterer mit der Ein-
schränkung, daß im Falle ihrer Auflösung vor der Aufgabe
ihrer Tätigkeit dieser Besitz an die Gemeinde übergeht.
Knecht Breitenburg ist durchzuführen; Neuregelung der

Gewirtschaftung der Baustoffe mit Aufhebung der Verord-
nungen, die den Baustoffherstellern Monopolisierung ge-
währen usw. Neuregelung der Kohlenverteilung an Bau-
gemeinden und Baugenossenschaften, Beteiligung der Pro-
duktionsgenossenschaften und sozialen Betriebe bei Aus-
führung der Neubauten. Die Regierungsberechtigten haben
der Vorlage eines Gesetzentwurfs über das Wohnungs- und
Bauwesen bis Mitte Januar 1921 zugestimmt.

Ende des Streiks in Halle.

Aus Halle wird berichtet: Die Vereinigte kommu-
nistische Partei hat den Streik ab. In den
Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, der-
nach der Streik als beendet erklärt werden soll. Es ist an-
zunehmen, daß dieser Vorschlag von der Zentrale der K. P.
D. gemacht worden ist, da der Streik wegen der ungün-
stigen Zeit keinerlei Aussicht auf Erfolg hatte. Während-
dem der Streik in Halle fast allgemein durchgeführt wurde,
hat die Bewegung an keinem Punkte im Bezirk Fuß fassen
können. Auch in Golpa und in Geiselsdorf, wo die Weiter-
verbreitung der Ausbrennungsbewegung bevorstand, sind die Be-
schäftigten doch angefahren. Die Eisenbahner von Ho-
brietzen haben sich nicht am Streik. Die Beteiligung wurde
von diesen in einer Urabstimmung mit 742 gegen 311 Stim-
men abgelehnt. Sonst herrscht überall Ruhe.

Die Marburger Studenten freigesprochen.

Aus Kassel wird gemeldet: Im Marburger Studenten-
prozeß beantragte der Staatsanwalt in einer einseitigen
Haltung die Verurteilung der Angeklagten. Die Ge-
schworenen verurteilten die Angeklagten für heimliche Auf-
stapeln, worauf der Vorsitzende die Verurteilung verkündete.

Der Prozeß des Kaisers gegen den Cotta'schen Verlag.

Dieser Tage begann vor dem Berliner Landgericht der
Prozeß des früheren Kaisers gegen den Verlag Cotta. Unter
Verurteilung auf das Urheberrecht an seinen Briefen soll der
Kaiser mit der Klage dem Verlag unterliegen, den 3. Band
von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen zu veröffent-
lichen. Ein Verstoß des Verlegers wurde von beiden
Parteien abgelehnt. Nach vierstündigen Verhandlungen kam
das Gericht zu dem Beschluß, daß das Urteil in dieser Woche
verkündet werden soll.

Das römische Blatt „Il Tempo“ beginnt mit ausfüh-
renden Veröffentlichungen aus dem in Deutschland durch
Veröffentlichung verbotenen dritten Band von Bismarcks
„Gedanken und Erinnerungen“. Auch in anderen Ländern
erscheinen gleichzeitige Hauptausgaben aus dem Werk. Was
wir in deutschen Blättern bisher an Auszügen gesehen
haben, sind Bismarcks Briefe, aber keine wirklichen Ueber-
setzungen. Diese sollte man doch wohl erst abwarten. Statt
der gefälschten Berichte des Auslandes zu eigen zu machen.
Im übrigen bringt das Kapitel über Bismarcks Entlassung
kaum etwas, das nicht schon bekannt gewesen ist. Das Bi-
marck ein sehr unangenehmer Mann, aber Wilhelm II. gefällt
und träge in die Zukunft gesehen hat. In auch nichts Neues
mehr. Der Eindruck, den die Mitteilungen des Buches im
Auslande machten, ist sehr abel und gerade jetzt sehr uner-
wünscht. Im Auslande würde man unbedingt die Staats-
raison über die Rengierde und die Senfandlung stellen.
aber dafür hat man in Deutschland offenbar wenig Ver-
ständnis.

Die preussischen Wahlen.

Im Hauptauschuß der preussischen Landesversammlung
teilte der Ministerpräsident mit, daß die Wahlen zum Land-
tag, zu den Provinzialparlamenten, den Kreisparlamenten
am 20. Februar stattfinden werden. Es soll also erstmals der
Gedanke des Groß-Wahlzuges durchgeführt werden. Auf die
Frage der Abg. Groß-Baum, worum das Verfassungs- und
das Landtagswahlgesetz noch nicht veröffentlicht seien, wurde
erwidert, daß man nach dem Friedensvertrag mit Rücksicht
auf die besetzten Gebiete der Entente zunächst Geheimsch-
weigen wahren müsse.

Das Reichsoberversteht.

Die Regierungstruppe, die von den Beratungen des
Steuerausschusses des Reichstages und dessen Stellungnahme
zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopferes
ausging, darf als beigelegt betrachtet werden. Zur
Ueberführung der übrigen Koalitionsparteien kam bei den
Beratungen im Steuerausschuß der Vertreter der Deutschen
Volkspartei, Abg. Dr. Becker, plötzlich im Namen seiner
Partei erklärt, daß diese den § 1 der Regierungsvorlage ab-
lehnen müsse. In der Regierungsvorlage war vorge-
sehen, daß die Abgabe eines Drittels des Reichsnotopfers in
zwei gleichen Teilbeträgen, am 1. Februar und am 1. August

1921, erfolgen sollte. Demgegenüber war ein Kompromiß zustande gekommen, wonach die Erhebung der Teilbeträge am 1. März und am 1. November 1921, der überschüssende Teil (bis zu zehn vom Hundert des abgabepflichtigen Vermögens) erst am 1. Mai 1922 gezahlt werden sollte. Bei den Verhandlungen erklärten nach der pflichtigen Schenkung der Deutschen Volkspartei die Demokraten, sich der Abstimmung enthalten zu wollen, da sie die Deutsche Volkspartei von der Verantwortlichkeit nicht befreien könnten. Diese Stimmenthaltung der Demokraten gab dem Zentrum Veranlassung, sich seine Stellung im Plenum vorzubehalten. In mehrstündigen Verhandlungen, die bis in die Abendstunden dauerten, ist es indessen gelungen, die Regierungstruppe, die kurz zuvor tatsächlich bestanden hatte, auf der Grundlage eines neuerlichen Kompromisses beizulegen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei wird im Verlauf der Reichstagsverhandlungen, in denen die Regierungsvorlage über die beschleunigte Regelung des Reichsnotopfergesetzes beraten werden wird, diese Vorlage annehmen.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat sich bereit erklärt, bei der Anwendung des Gesetzes bestmögliche Milde zu üben. Dem Reichstag zufolge: Es darf deshalb wohl damit gerechnet werden, daß der Gesetzesentwurf unter Zustimmung der Mehrheitsfraktionen im Reichstag angenommen wird.

Die Deutsche Volkspartei war bei ihrem Vorgehen lebhaft von Rücksichtnahmen auf ihre Wählerschaft geleitet. Deshalb sollten die Fristen für die Erhebung des Drittels des Notopfers verlängert werden und bei bestimmten Notopfern von Steuerbefreiungen bei der Eintreibung des Reichsnotopfers mit besonderer Schonung verfahren werden. Bei den Beratungen des interfraktionellen Ausschusses der Positivfraktionen der sofort nach den Vorschlägen in Steuerentwürfen zusammengefaßte Reichsnotopfergesetz. Nachher hat mit allem Nachdruck, daß von dem Ausbleiben der Positivfraktionen, daß in dem Widerspruch der Deutschen Volkspartei und in der Stimmenthaltung der Demokraten tatsächlich zum Ausbruch käme, der Finanzminister nicht herablassen wollte. Es wurde nicht nur Dr. Wirth sondern als konsequente Folge des parlamentarischen Systems das ganze Kabinett ausdrücklich in den Reichstagsbeschlüssen und in der Vorlage über die beschleunigte Regelung des Reichsnotopfergesetzes. Inzwischen hat sich die Deutsche Volkspartei denn auch entschlossen, bei der Abstimmung unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß bei der Erhebung des Gesetzes innerhalb des Rahmens seiner Bestimmungen die weitestgehenden Erleichterungen angedacht werden können hinsichtlich der Erhebung der Teilbeträge als auch hinsichtlich der Schonung nichtkapitalistischer, kleiner Rentner und Gewerbetreibenden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Dezember. (49. Sitzung vorm. 11 Uhr.)

Nach Erledigung kleiner Anfragen von geringer Bedeutung folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die

Strafverschärfung wegen Schleichhandels und Wuchers.

Abg. Deutheuser (D. Vpt.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Der Redner schildert die Empörung der gegen das Schleichhandelsverbot und tritt gleichzeitig für die Entschärfung des Gesetzes ein. Für eine ausreichende Bekämpfung dieses Gesetzes ist besonders durch öffentliche Anklagen zu sorgen.

Abg. Radermacher (S. V.): Die ganzen Bestimmungen richten sich gegen die kleinen Händler. Das ganze Gesetz wird gar keine abschreckende Wirkung haben. Da dem Minister aber an einer solchen Waffe gelegen ist, werden wir dem Gesetz zustimmen.

Abg. Herzfeld (U. S. V.) bespricht die alte bayerische Landesverordnung, die verfassungswidrig war. Der Reichspräsident hätte schon eingreifen müssen. Nun ist es wenigstens die Pflicht des Reichstags, unseren Antrag anzunehmen, diese bayerischen Bestimmungen für verfassungswidrig zu erklären und aufzuheben. Das vorliegende Gesetz ist nur bestimmt, den Arbeitern die Augen zu verbieten. Die Agrarier, die am meisten schaden, sind ja doch nicht zu fassen. Trotzdem werden wir dem Gesetz zustimmen, mit Ausnahme des Amnestieparagraphen. Andererseits beantragen wir die Verschärfung der Verschärfung von Rache und Mordtaten aus den Vertrieben in das Gesetz aufzunehmen.

Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Ott.

(Nachdruck verboten.)

„Nein, es scheint wirklich, daß unsere Auffassungen sich veränderten“, bestätigte Herbert mit einem trübem Lächeln. „Ich hatte mich ehrlich gesagt, in dir einen Menschen zu finden, der, frei von veralteten Standesurteilen, sein Lebensgefühl sich zu schaffen sucht, aber daß diese Vorurteillosigkeit bis zur Unvorsichtigkeit geht, tut mir weh.“

„Ich bin gewöhnt, lieber Herbert, meine Unvorsichtigkeit selbst zu verteidigen“, erwiderte Kurt sehr lächelnd, „ich bin alt genug, um meines Rates mehr zu bedürfen. Die Zeit hat uns beide auseinandergeführt, und die so ganz verschiedenen Verhältnisse, in denen wir aufgewachsen sind, haben unsere Lebensanschauungen eben so verschieden gemacht. Da wir können nur nun mal beide nicht.“

Eine Zeitlang schwiegen sie und bliesen den Rauch ihrer Zigarren vor sich hin, jeder mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt. Kurt war offenbar gekränkt, Herbert ernüchtert und eintönig.

Der Versuch, ein Gespräch über gleichgültige Dinge zu beginnen, mißglückte mehrere Male recht gründlich, und so verließ der Abend für beide so ganz anders, als sie sich's gedacht hatten. Mehrere Male jähnte Kurt und deutete damit an, daß er außerordentlich müde und angegriffen sei, und da auch Herbert gern dem recht ungemütlich gewordenen Beisammensein ein Ende machen wollte, sagte er nach einer der langen Gesprächspausen leichthin: „Ich reise übrigens morgen ab, und kann ich mich gleich heute von dir verabschieden.“

„So?“ entgegnete Kurt ohne merkliches Erschrecken, „das warte ich ja gar nicht. Ich dachte, du hättest die Absicht, mehrere Wochen hier zu bleiben.“

„Ursprünglich hatte ich mir's auch so vorgenommen, aber einerseits habe ich nun für längere Zeit mal wieder genug von Berlin, und andererseits habe ich heute eine Nachricht bekommen, die mich zwingt, so schnell als möglich abzuhauen.“

„Wohin gehst du denn zu gehen?“ fragte Kurt, um ein wenig Interesse zu markieren, denn im Grunde ge-

Der bayerische Gesandte v. Präger ist seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Vorredner diese lediglich im Interesse der notleidenden und schwer arbeitenden Klassen erlassene Verordnung als eine reaktionäre Maßnahme bezeichnet habe. Von einer Rechtswidrigkeit der bayerischen Verordnung könne keine Rede sein.

Reichsjustizminister Dr. Heineke betont gegenüber dem unabhängigen kommunikativen Antrag auf Einführung der Worte „Rache und Mordtaten“, im Gesetz seien nur Beispiele angeführt. Es komme hier auch nur auf Lebensmittel an. Rache müsse ja soviel eine Ausfuhrbeschränkung vorhanden sein. Rache können ja nur im Falle von Stilllegungen ins Ausland gebracht werden. Solche Stilllegungen sind der Regierung auf jeden Fall bekannt und sie wird auf das Verbleiben der Maschinen achten. An der Loyalität der bayerischen Regierung hätten wir keinen Zweifel.

In der Abstimmung wird unter Ablehnung der aus dem Hause gestellten Anträge die Ausschussfassung angenommen. Andererseits wird ein sozialdemokratischer Antrag, der die eventuelle Überweisung eines Verurteilten an die Landespolizei freizugehen will, angenommen. Der Amnestieparagraphen ist auf Aufhebung der bayerischen Landesverordnung abgelehnt.

Schließlich wird das Gesetz im ganzen einstimmig angenommen, auch in dritter Lesung.

Bei der Beratung des Gesetzesentwurfes betr.

Sankt der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsverpflichtung

verbunden mit einem Antrage Müller-Franken (S. V.), der eine Verlängerung der Geltungsdauer der Gesetzesbestimmungen für Kriegsteilnehmer gegen Zwangsverpflichtungen vom 17. Juni 1910 bis 1922 wünscht. Bittet Reichsjustizminister Heineke um Ablehnung des Antrags, weil auch unter den Gläubigern sich Kriegsteilnehmer befinden. Die Verlängerung bis zum 1. Juli 1921 ist das Neueste, was sich tun läßt.

Der sozialdemokratische Antrag auf Verlängerung bis zum 1. Januar 1922 wird im Wege des Sammelumsprungs mit 187 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Das Gesetz selbst wird angenommen unter Ablehnung eines unabhängigen Antrages.

In dritter Lesung gelangt das Gesetz ebenfalls einstimmig zur Annahme.

Es folgt die dritte Lesung des

Sperrgesetzes.

Die sich debattellös vollzieht. Die Abstimmung ist kamentlich. Das Gesetz wird mit einer Stimme Mehrheit über die erforderliche Zweidrittelmehrheit angenommen. Es stimmen insgesamt 248 Abgeordnete ab, davon 200 mit ja, 194 mit nein. 15 enthalten sich der Abstimmung.

Es folgt die Weiterberatung der Interpellation Senat und Genossen (D. Natl.) über die bolschewistischen Umtriebe.

Abg. Fleischer (F. V.) meint, das Reichswehrministerium müsse in Zukunft die Verantwortung für die Gefangen und Internierten übernehmen. Wir möchten wissen, wie Gegenstände, die vertraulich im Kabinett beraten wurden, in die „Freiheit“ gelangen konnten. Die Beeinflussung der roten Armee durch die Tendenzen der Sowjetrepublik kann hier nicht verboten werden.

Abg. Beuermann (D. Vpt.): Es steht fest, daß nichtbolschewistische Russen die Verpflegung und jede Bequemlichkeit durch die russischen Lagerkommandanten entzogen wurde und zwar ausdrücklich deswegen, weil sie Feinde der russischen Regierung seien.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Der Abg. Henning und die „Deutsche Zeitung“ sind einander wert. Beide sind Schwindler. (Der Redner wird vom Vizepräsidenten Bell zur Ordnung gerufen.) Rufe rechts: Freiheit! Alle Bestrebungen der Rechten, alle Lügen und Mordtaten über bolschewistische und kommunistische Umtriebe in Deutschland sollen nur dazu dienen, das Bürgertum gegen uns aufzuheben und die soeben angeknüpften wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wieder zu zerstören.

Abg. Haas (Dem.): Die Disziplinargewalt muß in den Lagern in unseren Händen sein. Wir ist es unfaßbar, daß man den Russen ihre eigene militärische Einteilung gelassen hat. Diese militärischen Verbände müssen aufgelöst werden. Wenn Reichswehr nicht entbehrlich ist, müssen Sippen-Maassnahmen herangezogen werden.

nommen war der Weiter zum gangbaren gezwungen worden, seit er seine Erwartungen in Bezug auf die Rechte so sehr enttäuscht hatte.

In ein kleines Rest gehe ich — Brommalstadt mit allen kleinstädtischen Eigentümlichkeiten, nach S...

„Um Gotteswillen!“ gähnte Kurt, grüßlicher Gedanke.

„Bleibst du lange dort?“

„Keine Ahnung. Das hängt von mancherlei ab und läßt sich noch gar nicht bestimmen.“

„Na, dann laß es dir gut gehen, und wenn du Zeit hast, laß einmal von dir hören.“

Nach zehn Minuten haben sie beisammen, dann standen sie gemeinsam auf und verließen das Lokal, und als sie sich an der nächsten Straßenecke trennten, hatte jeder das Gefühl, daß er den anderen lange nicht wiedersehen würde, und daß es eigentlich nie gut tut, wenn man nach vielen Jahren der Entfremdung alte Kinderfreundschaften wieder aus dem Schlummer der Vergangenheit rüttelt.

Im Hotel angekommen, wendete sich Herbert sofort an den Beamten im Bureau und teilte ihm mit, daß er morgen früh abzureisen beabsichtige. Dann gab er dem Portier seine Aufträge, erkundigte sich nach dem Mittagsschnellzug nach S... und begab sich dann auf sein Zimmer.

Raum hatte er die Halle verlassen, so erhob sich aus einem der hochlehnigen Stühle, wo er völlig verdeckt gesessen und Herberts Unterhaltung mit den beiden beobachtet hatte, Felix Marbach und trat an die Portierloge heran. „Wollen Sie bitte dafür sorgen“, sagte er in gleichgültigstem Tone, „daß mein Gepäck morgen vormittag gegen 10 Uhr nach dem Bahnhof Friedrichstraße gebracht wird. Ich reise 10 Uhr 20 nach Leipzig. Ich nehme das Gepäck dort selbst in Empfang und bin jedenfalls schon da, wenn der Hotelbedienter kommt, meine Rechnung lassen Sie mit bis zum Frühstück morgen aufschreiben.“

„Sehr wohl, Herr Marbach“, erwiderte der Portier, reichte Felix sukkulenten Feuer für seine Zigarre und langsam schritt der junge Bandit auf die Straße hinaus. Vor dem Hotel blieb er stehen und pffte vor sich hin. Im Augenblick war sein Plan gefaßt gewesen. Er reiste mit einem Zuge, der eine Stunde vor dem durchgehenden Schnellzug, den Herbert benutzte, abging, und war also vor ihm in S... wo er dann hockte, ohne im mindesten

Reichsminister des Innern Dr. Siemens: Für die Auswärtige Amt kommt bei der Behandlung der Gefangen nicht weiter in Frage, als daß Deutschlands Interesse gewahrt bleibt. Wir hatten uns zur Bewachung der Lager in die Entente gewandt, zwecks Festhaltung der Aufstellung besonderer Mannschaften, aber, leider erfolglos. Was wir nun getan haben, war ein Nothelf. Ich erkenne die Schwierigkeiten einer Bewachung, die durch Zivilisten an, ersichert durch den geistigen Kampf, in dem Sowjetrußland sich mit uns befindet. Herr Viktor Kopp ist der anerkannte Vertreter der Sowjetregierung, und ich bin der anerkannte Vertreter der Deutschen Regierung.

Professor Ballod über Rußland.

Der Sozialist Professor Dr. Carl Ballod hat im Den Lage der „Freiheit“ ein Buch erscheinen lassen, das den Titel „Sowjet-Rußland“ trägt. Das Buch verleiht nicht nur die sozialistische Grundanschauung des Verfassers nicht, sondern auch nach Inhalt und Darstellungsart durchaus wissenschaftlich. Professor Ballod war als Vertreter der letzten russischen Regierung mehrere Monate in Moskau und hat mit großem Fleiß eine Fülle von Tatsachen und Zahlen gesammelt, aus denen er in seinem Buche ein Bild des heutigen Rußland weht.

Ballod setzt sich teils tadelnd, teils ironisch mit dem Buche von Dr. Alfons Goldschmidt auseinander, dem es vergönnt war, überall unter den russischen Trümmern neues Leben leimen zu sehen. Ballod stellt dieses leimende Leben nicht. Er stellt fest, daß die Sowjetmacht über wirtschaftlich-politisch auf gefährliche Abwege geraten sind. Nur auf wenigen Gebieten ist im letzten Jahre eine geringe Besserung zu verzeichnen, so auf dem Gebiete des Verkehrsweises. Sonst aber ist es in allen Wirtschaftszweigen bergab gegangen. Ballod schildert ausführlich den Stand der Wirtschaft in den wichtigsten Erwerbszweigen. Verschiedentlich — so in der Leinen-, Woll- und Lederindustrie — ist der katastrophale Rückgang der Erzeugung nicht auf Rohstoffmangel, sondern aus Mangel an Feuerkraft und vor allem auf die außerordentlich gesunkene Arbeitsintensität zurückzuführen. Besonders beachtenswert ist das, was Professor Ballod über das Rückgrat der russischen Wirtschaft, den Ackerbau, ausführt. Die Sowjetregierung hat die Agrarfrage weder im sozialreformatischen Sinne noch im sozialistischen Sinne gelöst, d. h. die Ungleichheit im Lande besteht dauert an, die Güter sind zerstückelt worden, aber Millionen von Hektar fruchtbarer Landes liegen brach, weil es den Bauern an landwirtschaftlichem Gerät auch an Interesse fehlt, über den Eigenverbrauch hinaus Feldfrüchte hervorzubringen. Der Verfasser sieht für die Sowjetregierung eine schwere Krise herannahen. Die letzte Ernte ist in den größten Teilen Mittelrußlands mangelhaft. Sie ist vielfach noch schlechter als die des Hungerjahres 1891. Nur durch die Beseitigung des Terrors und eine gänzliche Umänderung der Wirtschaftsmethoden kann sich die russische Räteherrschaft über den Winter hinüberretten. Ballod hat als Sozialist ein Interesse daran, daß der im großen Stil vorgenommene Sozialisierungsversuch in Rußland gelingen möge; aber auch er verheißt sich nicht, daß die Ausföhrten auf ein Gelingen des Experimentes heute schlechter sind als vor drei Jahren.

Kleine politische Nachrichten.

Heftig-Graberger.

Wie aus Leipzig gemeldet wird, hat vor dem zweiten Straßengericht des Reichsgerichts die Revisionverhandlung in dem Prozesse Graberger gegen Dr. Heffrich begonnen. Wegen des Urteils des Landgerichts I Berlin vom 12. März 1920, wodurch Heffrich wegen Verleumdung Grabergers zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, hatten sowohl der Angeklagte als der Revisionskläger Revision eingelegt. Beide Gegner waren selbst nicht erschienen.

Strafverfahren gegen Graberger.

In dem Strafverfahren gegen den Reichsminister a. D. Matthias Graberger wegen Verletzung der Eidspflicht hat der Verteidiger Grabergers, Justizrat Dr. Schenck, den Antrag gestellt, daß einstweilen nach Genehmigung der Strafverfolgung die gerichtliche Voruntersuchung einseitig werde. Das Verfahren gegen Graberger beschränkt sich darauf, ob er im Heffrich-Prozess bei seinen Aussagen als Zeuge die Wahrheit im einzelnen Punkten verlegt hat. Un-

aufzufallen, den anderen beobachten konnte. Für alles das, was er noch zu erleben hatte, blieb ihm also nur der heutige Abend und die Nacht. Er mußte also seine Zeit genau einteilen. Er sah auf die Uhr drüber am Bahnhof. Es war 8 Uhr 20 Minuten.

Der Abend war schon hereingebrochen, die Lichter in den großen Schaufenstern warfen ihren Schein auf die Straße, das bunte Treiben der Menge in der Dämmerzeit der Großstadt nahm seinen Anfang. Langsam schob er sich unter die Planierenden und schlenderte nach dem Potsdamer Platz zu. Dort an der Ecke beim Wangel-Denkmal, wo die Mädchen ganze Körbe duftender Rosen feilboten, hatte er selbst einst gestanden, als junger Bengel, und seine auffallende Schönheit, seine dunklen Augen in dem blauen verhungerten Jungengesicht hatten die Aufmerksamkeit mancher Vorübergehenden erweckt und mancher Strauß Bentfollen und Diontrollen war ihm abgekauft worden auf Konto des Interesses, daß der Verkäufer erregte. Er hatte sogar seine festen Kunden und Kundinnen gehabt, die nur bei ihm kauften und lieber auf die Blumen verzichteten, wenn Rosenstängel einmal anderweitig beschaffbar war. Langsam, unmerklich, aber sicher war er nach und nach hinabgezogen worden in den brodelnden Drogenkessel und der Großstadtsünde und der kleinen Vergehen gegen Gesetz und Moral, in den wirbelnden Strudel, der mit nimmermüder Gefährlichkeit seine Opfer verschlingt, der sie mit sich schleift vom ersten kleinen Unrecht zur größeren Sünde, und weiter von Verbrechen zu Verbrechen, bis er sie endlich ausreißt an der Schwelle des Zuchthauses oder der Charité, entehrt und belächelt, ausgeföhren für immer aus den Reihen der Brauchbaren, gestrichen mit unerbittlichem Griffel aus der Riste der Lebendigen.

Langsam hatte Felix nach dem Plaze, wo die vielen Rosen dufteten, losgetreten und ein böses Lächeln suchte um seinen Mund. Da, an dieser Stelle hatte es angefangen — das Leben, dort hatte der Krieg begonnen, den er in kindlichem Trost und leidenschaftlichem Haß der menschlichen Gesellschaft erklärt hatte. Und morgen führt das Schicksal ihn nach so vielen Jahren wieder heim in seine Vaterstadt, nach S...

Fortsetzung folgt.

Freigabe der Junkers-Flugzeuge.
Die elf Junkers-Flugzeuge, die für eine amerikanische Firma bestimmt und in Hamburg auf Veranlassung der Interalliierten Luftfahrt-Überwachungskommission im Auftrage des Reichsfliegerministeriums beschlagnahmt worden waren, sind freigegeben worden und werden nach Newport transportiert.

Das neue Ministerium in Ungarn.
Das neue Ministerium steht sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident Graf Teleki (gleichzeitig mit der vorläufigen Führung des Ministeriums des Inneren sowie des Ministeriums der nationalen Angelegenheiten betraut); Inneres: Ferdinand; Finanzen: Roland Degenes; Ackerbau: Szabo Nagyaty (gleichzeitig vorläufiger Landwirtschaftsminister); Landesverteidigung: Gen. Belitsky; Justiz: Tomcsanyi; Kultus: Das (gleichzeitig vorläufiger Ernährungsminister); Volkswirtschaft: Benard. Das neue Kabinett leistete bereits den Eid.

Abgang des französischen Kriegsministers.
Der Kriegsminister Lefevre hat seine Demission gegeben, die angenommen wurde. Das „Journal officiel“ bringt die Meldung, daß der Abg. Raiberti sein Nachfolger sein werde.

Konstantinopel bleibt türkisch.
Lord George erklärte im Unterhaus, Konstantinopel werde türkisch bleiben und die Dardanellen unter englisch-französischer Obhut internationalisiert werden.

Der Aufruf Hoovers.
Der Aufruf Hoovers, zum Weihnachtsfest eine Sammlung zugunsten der hungernden Kinder in Mitteleuropa zu veranstalten, findet einen ungeheuren Erfolg. Es sind bisher 300000 Dollar eingezahlt worden, außerdem haben sich vier Lebensmittellieferanten erklärt, 1/2 Million kg. Nahrungsmittel zu liefern. Ueber die Verschiffung werden 3. S. Unterhandlungen geführt.

Der Vertrag von Rapallo angenommen.
Wie aus Rom gemeldet wird, nahm der Senat den Vertrag von Rapallo mit 262 gegen 22 Stimmen an. Die große Mehrheit ist überraschend, wenn man die während der Debatte hervorgetretene Opposition und die durch d'Annunzio's Hartnäckigkeit verursachte Unsicherheit berücksichtigt. Um den Vertrag zur Ausführung zu bringen, muß sich die Regierung nunmehr entscheiden, welches Verfahren sie gegen d'Annunzio anwenden will.

Unpolitische Tageschronik.

Mainz. (Noch einmal gut bezahlt und geküßt — dann in den Tod.) So dachte ein Gutsbesitzer in der Gegend von Mainz. Er dachte, er würde ein reiches Leben führen, bis er eines Tages starb. Seine Hinterlassenen wurden von den Behörden beschlagnahmt und in ein Krankenhaus gebracht. Die Hinterlassenen wurden von den Behörden beschlagnahmt und in ein Krankenhaus gebracht.

München. (Ueberfall auf einen Gasthof.) Am Abend ereignete sich in einem Gasthof in München ein Verbrechen. Drei Männer und eine Frau wurden in der Küche unter Bedrohung mit Revolvern auf die Hände beschossen. Es entspann sich ein Handgemenge, bei dem ein Mann von den Verbrechern erschossen und ein zweiter verwundet wurde. Die Täter entkamen.

Berlin. (Schwerer Raubfall.) In der Nähe von Wriezensee, in dem kürzlich ein Verbrechen ausgeführt wurde, ist ein neuer Raubfall verübt worden. Der Raubmann überfiel einen Mann, der von einer Weibschafflerin zurückgeführt wurde, und von seiner Braut in Wriezensee vom Bahnhof abholte. Auf dem Wege von Wriezensee nach Schenkeles wurde gegen 9 Uhr abends das Protokoll von fünf bewaffneten Räubern überfallen, die von Oberland Geld verlangten. Als dieser sich weigerte, gaben sie zwei Schrotflinten auf ihn ab und schlugen ihn nieder. Seine Braut flüchtete und holte Hilfe aus Wriezensee. Die Täter aber am Tatort anwesend, waren die Räuber verhaftet. Sie hatten den Überfallenen halb tot geschlagen und ihm seine Geldtasche mit 85000 Mark, sowie die goldene Uhr und alle Wertgegenstände abgenommen. Nach vielen Verhörungen gelang es, Oberland wieder zum Bewußtsein zu bringen. Die Untersuchung war bisher ergebnislos, da der Schneefall alle Spuren verwischt hatte.

Breslau. (Schweres Verbrechen.) Den Breslauer Abendblättern zufolge erschien am Abend bei dem Schuhmacher Joseph Pabst in Haders bei Weimera ein Unbekannter, der ihm einen Koffer mit neuen Schuhen überbrachte. Der Schuhmacher lud ihn zum Abendbrot ein. Der Mann wollte einen Geldbetrag heraus was der Schuhmacher abhielt. Pabst sah den Unbekannten eine Mantelkiste und erschoss den Schuhmacher und seine Frau mit ihm stehende Schreie. Es entspann sich ein Kampf zwischen dem Mörder und den beiden Söhnen des Schuhmachers, wobei einer in schwerer Verletzung wurde. Der Mörder wurde von den Söhnen festgehalten und in die Wache gebracht. Der Mörder wurde als ein Oesterreicher Schubert festgestellt, der anfangs in Berlin gearbeitet hat. Vor dem Gasse wurden Fußspuren gefunden, die sich nach dem nahen Walde verloren und darauf hindeuten, daß der Mörder einen Kommissar Otto von Verlangen der Spuren blieb ohne Ergebnis. — Die „Breslauer Nachrichten“ melden aus Rimmich: Als in der Dunkelheit ein Unbekannter aus Karzen den Weg nach Zehnortswert verfolgte, traf er einen unbekannten Mann, der sich mit einer auf dem Boden liegenden toten Frau zu schaffen machte und aus dem Gutsbesitzer bedrohte. Dieser schlug im nächsten Fort Alarm. Am Tatort fand man den Leichnam einer Frau, die aller Zeichen beraubt war und ersichtlich einen erstarrten Kampf mit dem Mörder bestanden hatte. Unweit davon wurde eine zweite Frau ermordet aufgefunden. Ansehend handelt es sich um polnische Arbeiterinnen. Der Täter ist entkommen.

Wien. (Sozialisierung auf eigene Faust.) Bei der Textilfabrik Hermann Pollak u. Söhne in Wien waren die Arbeiter wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die Arbeiter kamen in die Fabrik, nahmen dem Direktor die Schlüssel weg und setzten ein „Aktionskomitee“ ein, das den Betrieb leiten sollte. Die Firma erbat Hilfe und wurde von der Polizei beschützt. Die Arbeiter erklärten, daß sie die Fabrik für sich selbst übernehmen wollten. Es wurde ein Verhandlungstermin zwischen Arbeitern und Unternehmern.

Zur Spezialkur im Oetker's
Milch-Eiweiß Pulver
mit Triebkraut
Mischpulver aus
2-3 Eiweiß
für Nahrungsmittel
Kochen
Sorten.
Man verlangt das Pulver
in der Packung
Oetker's
Bismarckstr. 111
Berlin

Vermischtes.

Ein hartes Verbrechen. Aus Bismarck, den 16. Dez. wird gemeldet: Auf der letzten Erdbenenmarke wurde heute nachmittag 1 Uhr 15 Min 16 Sek. der Beginn eines katastrophalen Verfalls beobachtet, wie sie in den letzten zehn Jahren der Aufzeichnungen noch nie erreicht worden ist. Die heutige Registrierung dauerte zwei Stunden. Als Ort des Verfalls kommt Oskan (Mandshurei) oder Behrsien in Betracht.

Das deutsche Kankel. Seit längerer Zeit ist die Verfallung eines sich über das ganze Reich erweiternden Netzes von Kankelen im Gange, das das Verkehrsnetz erschüttert und bei Zeitungsdrucken eine Verbindungslosigkeit verbirgt. Bisher waren Kankelen in Berlin, Breslau, Darmstadt, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Friedrichshafen, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, München, Stuttgart, Wiesbaden, Zürich und anderen Orten eingerichtet worden. Jetzt hat das Netz, wie berichtet wird, eine Erweiterung erfahren, die in der von der Reichsregierung ist, als sie neben Oskan die Reichsverbindungen über den polnischen Korridor hinweg führt.

Das Werk der Dämonen. Die „Berl. Tageblatt“ meldet, sind von den Dämonen nach Mitteilung von ausländischer Stelle abermals 9 180 000 Mark zur Fortsetzung der Kankelenarbeiten zur Verfügung gestellt worden.

Prädelstrafe in Ungarn. Das ungarische Strafgesetz hat einen 19jährigen Dieb zu einem Monat Gefängnis und zu 15 Stockschlägen verurteilt. Das ist die erste Anwendung der Prädelstrafe, die unlängst in Ungarn wieder eingeführt worden ist.

Münzengießer. Aus dem Museum der nationalen Bibliothek in Lissabon wurden alle goldenen Münzen und Medaillen von hohem Werte gestohlen. Die Münzen zeigen größtenteils die Bildnisse spanischer Regenten. Noch einer an das Museum gelangten Mitteilung sollen die Münzen in Hamburg und in München verkauft worden sein.

Das größte Luftschiff der Welt. Am 1. März 1921 soll R 38, das größte Luftschiff der Welt, das in England für die Armee der Vereinigten Staaten gebaut worden ist, seine erste Fahrt über den Ozean antreten, welche auf eine Dauer von zwei Tagen berechnet ist.

Das Lüften des Bettzeuges. Wer in den Morgenstunden eine Ortschaft durchwandert, wird die Wahrnehmung machen können, daß allenthalben das Bettzeug aus den Fenstern hängt oder auf besonderen hierfür vorgerichteten Stangen, und zwar ohne Rücksicht auf die jeweilige Feuchtigkeit der Luft. Gar sehr viele Krankheiten haben ihre Ursache in feuchtem Bettzeug, und würde der Sache auf den Grund gegangen, so wäre wohl leicht festzustellen, daß diese Feuchtigkeit beim Aufhängen des Bettzeuges aus der Luft aufgenommen wurde. Es ist deshalb ordnungsgemäß geboten, und nur dann dürfen Betten gelüftet werden, wenn wirklich trockene Luft herrscht. Mit dem einfachen Lüften, also Aufhängen, ist es allerdings nicht getan. Es muß vielmehr noch dafür gesorgt werden, daß die im Innern des Bettzeuges befindliche, feuchte Luft herausgeführt wird. Dies geschieht einfach durch Klopfen, was durchaus nicht empfohlen werden kann. Die Betten sind vielmehr in ihren Decken (Ankett) zu wälzen, d. h. sie werden mit den Händen in ihrem ganzen Umfang zu einem kleinen Knebel zusammengeklappt oder zusammengeklappt und dann jedesmal wieder auseinandergeklappt und mit der flachen Hand wieder aufgeschüttelt. Auf diese Weise wird die im Innern des Bettzeuges befindliche feuchte Luft durch frische, ersetzt. Besonders kann Sonnenschein vorteilhaft zum Durchlüften benutzt werden, da die Sonnenstrahlen die Kebern aufrichten löst. Sonst kann empfohlen werden, das Bettzeug regelmäßig zu waschen und zwar geschieht dies am einfachsten, indem am dem Datum nach ungarischen Tagen die Reinigung des Bettzeuges oben auf liegt und an garben Tagen nach unten.

Der Satz des Jaren gefunden? Die „Normanpost“ meldet aus Schanghai, daß zwei Sätze, welche von russischen Soldaten der alten Revolution bewahrt seien, in Schanghai entdeckt, um der Schiff nach Europa transportiert zu werden. Man behauptet, daß der eine Satz die sterblichen Überreste der Großfürstin Elisabeth und der andere die des Jaren Nikolai enthalte.

Die Cholera. Die in Indien und Moskau aufgetretene Cholera nähert sich nach neueren Mitteilungen der asiatischen Reichsarmee. So sind in den letzten Tagen Cholerafälle aus Ostta, Grodno und Warschau, sowie aus einem russischen Gefangenennlager bei Polen und Straßburg gemeldet worden. Ferner ein Todesfall aus Estland. Seitens der Gesundheitsbehörden des Reiches und der Länder sind die erforderlichen Vorbereitungen in die Wege geleitet, um die Einschleppung der Seuche nach Deutschland zu verhindern. Auch zur Vermeidung besteht nicht, da erstbrunnenwasser nicht bereinigt in das Ausland gelangende Rasse bei rechtzeitiger Erkennung leicht vollständig gemacht werden können. Auch bei einer Erkrankung in winterlicher Jahreszeit nicht zu leichter Ausbreitung.

Edelreiser

Liefern wir ansehnliche Mitglieder ansehnlich gegen Erstattung des Portos und der Verpflegungskosten. Bestellungen erbeten bis 1. Januar bei Adolf W. Ghardt und S. Werners.

Der Obstbauverein.

Männer-Singverein.
Heute, abend 7.30 Uhr
Probe
im „Schützenhof“
Morgen abend 7.30 Uhr
Probe
im „Schützenhof“
Leberflecke
Morgen verschwinden radikal
für immer unter Garantie,
Sommerproben alle Gesichtsteile.
Auskunft ganz kostenlos, nur Kaskade erwünscht.
Frau Rüttscher,
Hannover S. 111 Opernstr. 36.

Lokales.

† Weihnachtsfeier. Am Abend des 4. Adventssonntags fand unter lebhaftester Teilnahme der Mitglieder die Weihnachtsfeier des Evang. Frauenvereins in der Kleinfriedrichstraße statt. Sie geschah in der herkömmlichen schlichten Weise, Weihnachtslieder, Verlesung des 2. Kap. d. Evangelium und Kap. 1, an welche sich die Besprechung angeschlossen. Dank der Opfermühe der Mitglieder und den Beisetzern der Klein- und Silberkette, der Grube Rosenberg und ausdauernder Freunde konnten den Geladenen nützliche und praktische Gaben eingehändigt werden und durfte Herr Wagner allen Mitgliedern und Freunden den herzlichsten Dank aussprechen, der hierdurch einen neuen weitergegeben sei, die an der Feier nicht teilnehmen konnten.

C Prüfung. Herr Wagenmeister Werner Weg hat vor dem zuständigen Prüfungsausschuß seine Meisterprüfung mit Erfolg abgelegt.

* Spende. Eine hiesige Dame (Name) in liebenswürdiger Weise der hiesigen Ortsgruppe des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen einen größeren Geldbetrag zur Unterstützung bedürftiger Mitglieder. Diese obige Tat ist zur Nachahmung sehr zu empfehlen.

* Die Weihnachtsbesprechung für die Kinder und Kranken in der katholischen Gemeinde findet in diesem Jahre in der Stille statt.

* Rückblick. Heute vor einem Jahre begann der Rhein mit raschem Steigen. Es waren damals im Laufe von zehn Tagen hintereinander, bei sehr mildem Wetter über 80 mm Regen bei uns gefallen. Die ungeheuren Wassermengen rührten aber in der Hauptmenge von geschmolzenem Schnee her, der damals meterhoch an den Gebirgen lag und bei warmen Regnen und Wolkenbrüchen schmolz. Gerade amgekehrt ist das jetzt überaus trockene und bis auf die letzten Tage winterliches Wetter.

* Wohltätigkeitsfest. Die hiesige Ortsgruppe des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen (Ortsgruppe Braubach) trifft heute (Sonntag) den 30. Januar 1921 feiernde Wohltätigkeitsfest. Für das der jetzigen Zeit entsprechende große Theaterstück sind bereits die denkbar besten Stücke gewonnen. Ferner haben einheimische Künstler von Kaj in aussergewöhnlicher Weise ihre Mitwirkung zugesagt.

* Die Beiräte von 150 Mark an Kriegsteilnehmer von 1864, 66, 70, wird dieser Tage ausgezahlt.

Anuliche Bekanntmachungen. Wichtig! Besatzungsschäden

Es wird hiermit s p t m a l i g darauf hingewiesen, daß alle Einwohner, welche für die Zeit vom 1. Januar bis September 1919 Besatzungsschäden (Blat-, Sach- und Personenschäden) angemeldet haben, heute (Sonntag) zwischen 2-6 Uhr persönlich im Sitzungssaal des Rathauses zwecks Unterzeichnung der Besatzungsschäden erscheinen wollen. Besatzungen, die auf Schäden bezugs haben sind mitzubringen, sie müssen mit eingereicht werden. Wer nicht erscheint geht seines Erstattungsanspruches und somit der Restzahlung verlustig. Der Bürgermeister

Stadtschreiber.
Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Sterbefälle spätestens am nachfolgenden Werktage dem Stadtschreiber anzugeben sind. Feiertage, die auf Werktage fallen, werden nach dem Personenstandsgesetz als Werktage betrachtet. Das Stadtschreiber ist daher am 1. Weihnachtsfest, sowie am Karfreitag von Vormittags 9.30 bis 10 Uhr geöffnet. Der Stadtschreiber.

Mitteilungen des Erdbebenamtes.

Milchversorgung.
In der Woche vor Feiertagen herrscht stets Milchmangel, weil Milch zu Badewässern eingegeben wird. Wir ersuchen die Händler und Landwirte dringend im Interesse der kleinen Kinder von der unterrichtigen Milchabgabe Abstand zu nehmen. Gute Büchsenmilch ist hier im Geschäft Pfeffer a Dose zu 10 Mark erhältlich.

Möhen
werden morgen vormittag 11 Uhr im Wägenhofhof ausgegeben. Preis 30 Mark der Zinner.

Krankenkassen Ausgabe
heute nachmittag in der Bäckerei Otto Schenckemann.

Wetterbericht.
Heute mild, leicht.

